

# Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag, Expedition und Redaktion:  
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.  
— Telefon: Amt 9, Nr. 6488. —  
Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.  
Redaktionschluß:  
8 Tage vor dem Erscheinen.

Motto:  
Staats- und Gemeinde-Betriebe  
sollen Musterinstitute sein.

Bezugspreise.  
Durch die Post (Zeitungspreisliste Nr. 3164) ohne Bestellgeld  
0,80 Mf. vierteljährlich, unter Streifenband 1,00 Mf. Einzel-  
Nummer 0,20 Mf.  
→ Auslegen. ←  
Die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg.; bei Wiederholung billiger;  
für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pfg.

Nr. 9.

Berlin, den 1. Mai 1903.

7. Jahrg.

## Weltfeiertag.

**W**eltfeiertag... Ein Tag der Heereschau!  
Heut ziehen aus der Arbeit Kampfkolonnen.  
Und ein Friedensfest auf grüner Au'  
Vom goldenen Licht des Frühlingstags umponnen.  
Ein erster Mai, so, frühlingsklar und rein,  
Voll freud'ger Hoffnung auf ein froh Gelingen,  
Für Jedermann vom Glück und Sonnenschein  
Des Menschenlebens etwas zu erringen.

Nun jubelt laut das Lerchenvolk zum Licht,  
In taulend Halmen kochen junge Säfte.  
Die Falter flattern, Käfer kriechen dicht  
Den Schaft empor und laugen neue Kräfte.  
Wie weiße Blüteninseln in der Luft  
Des Faulbaums Aelte weitverzweigt sich recken,  
Vom Licht umhaucht, umhaucht von weichem Duft,  
Und in den Zweigen gelbe Sonnenflecken.

An diesem schönsten Frühlingstag im Jahr  
Verläßt die Arbeit ihr Bereich der Schlotte  
Und zu der Freiheit güldenem Altar  
Zieht sie hinaus mit mächt'gem Aufgebote.  
Und die Ionit Ruß und Rauch und Qualm umhüllt,  
Heut' stehen sie im feistlichen Gewande,  
Und Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe füllt,  
Millionen Herzen heut' in jedem Lande.

Das ist der Tag, an dem die Freiheit läßt  
Die gold'nen Körner: Recht und Menschenwürde.  
Das ist der Tag, der in die Herzen späht  
Und die Bedrückten frei macht von der Bürde.  
Das ist der Tag, der sammelt, was zerstreut,  
Das lange Jahr mit seinem Müh'n und Ringen.  
Das ist der Tag, der uns die Krone beut,  
Die Hoffnung, un're Feinde zu bezwingen.

Heut wird die Noth gebannt in's enge Haus,  
Heut sind vergessen alle schweren Sorgen.  
Und mit der Jugend stürmt der Greis hinaus  
In's Maiengrün am Völkerfrühlingsmorgen.  
Dein Felt begehen wir mit freud'gem Sinn  
Als Zukunftsfest und Denktage un'rer Toten,  
Und deinem Dienit, du Himmelskönigin,  
Erhab'ne Freiheit, sind wir heut' entboten.

Nur Wochen noch: dann bläht du das Signal,  
Das weithin tönen wird durch alle Gauen...  
Nur Wochen noch: am Tag der Reichstagswahl  
Willst du der Auslaar erste Früchte schauen.  
Dein Samenkorn fiel nicht auf Felsgeltein,  
Es faßte Wurzeln, keimte, schoß in Aehren,  
Und nicht gering wird deine Ernte sein,  
Ist auch der Erntetag ein Tag der schweren.

Weltfeiertag... Des Volkes Aufgebot  
Läßt heut die Hämmer und die Räder schweigen,  
Und, ringsumher im Lichtgefunkel loht  
Es weiß und roth von taulend Blütenzweigen.  
Und vor uns her, mit einem Blütenreis  
Das Haupt geschmückt im leuchtenden Gewande,  
Ruft laut die Freiheit: „Euer ist der Preis!  
Vereinigt Euch, Arbeiter aller Lande!“ —

Ln.

### Der dritte Verbandstag.

Vom 14. bis zum 16. April tagte zu Berlin unter drittem Verbandstag. Derselben folgte am 17. und 18. April eine besondere Konferenz der deutschen Gasarbeiter.

Während der 2. Verbandstag in den Osterfeiertagen stattfand, hatte diesmal der Verbands-Vorstand die Generalversammlung zu einem Zeitpunkt einberufen, wo die städtischen Arbeiter ihren dienstlichen Verpflichtungen nachgeben müssen. Das war mit Absicht geschehen. Der Verbands-Vorstand wollte einmal sehen, inwieweit die Anerkennung des Koalitionsrechtes seitens der Gemeinden geht. Zwar hatten die städtischen Behörden es schon bisher durchgängig gestattet, daß sich ihre Arbeiter gewerkschaftlich organisieren, doch man war immer allen bezüglichen Erklärungen möglichst aus dem Wege gegangen.

Jetzt mußten sie Farbe bekennen, indem es sich darum handelte, den gewählten Delegierten Urlaub zum Verbandstage zu gewähren.

Und das „Experiment“ des Verbands-Vorstandes ist geglückt. Durchgängig hat man den Delegierten Urlaub gewährt, damit sie an den Verhandlungen des Verbandstages teilnehmen konnten. Nur in einem Falle (Hamburg) hat man dem gewählten Kollegen den Urlaub verweigert; doch scheint es sich hier um einen Uebergriff eines untergeordneten Beamten zu handeln, da sämtlichen anderen Hamburger Delegierten der Urlaub anstandslos gewährt wurde. In einigen Fällen ist den Delegierten sogar der Lohn für die Tage weiter gezahlt worden, an welchen sie an der Generalversammlung teilnahmen. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Nachdem der Berliner Magistrat den Beschluß gefaßt hatte, den Delegierten bezüglich der Urlaubsgewährung keine Hindernisse in den Weg zu legen, haben eine Reihe anderer Städteverwaltungen im selben Sinne beschloffen.

Auf dem Verbandstage waren zum ersten Male auch Vertreter von ausländischen Bruderorganisationen anwesend. Der dänische Leuchtungsarbeiter-Verband und der Verband der dänischen kommunalen Arbeiter hatte je zwei Vertreter entsandt. Von dem Gemeinbearbeiter-Verband Hollands war ein Schreiben eingelaufen, welches darüber sein Bedauern ausdrückte, daß in Folge des Generalstreiks leider keine Vertreter erscheinen konnten.

Am folgenden wollen wir nun die hauptsächlichsten Beschlüsse des Verbandstages wiedergeben. Ein ausführliches Protokoll erscheint demnächst in besonderer Broschürenform und können sich die Verbandskollegen durch dieses eingehend über die Verhandlungen informieren.

Wegen des Geschäftsberichtes des Verbands-Vorstandes wurden erhebliche Einwände nicht gemacht und allseitig anerkannt, daß die Verbandszentrale in der verflochtenen Geschäftsperiode ihre Schuldigkeit getan habe. Auf Antrag des Verbands-Ausschusses ertheilte man daher dem Verbands-Vorstande einstimmig Lob und Anerkennung.

Ueber die zukünftige Gestaltung des Verbandes referierte Schubert Berlin. In seinen Ausführungen empfahl er namentlich zukünftig regere Agitation zu entfalten, die Verbands-Materialien auszubauen, unser Nachorgan zu vergrößern und eine Sterbehilfe-Unterstützung einzuführen. Der Verbandstag nahm in der Diskussion zunächst die drei Resolutionen des Verbands-Vorstandes bezüglich der Vergrößerung der „Gewerkschaft“, den Ausbau der Verbandsmaterialien und der intensiveren Agitation an und beschäftigte sich dann mit der neuen Statuten-Vorlage. In dieser, wie sie der Verbands-Vorstand unterbreitet hatte, nahm die Generalversammlung eine Reihe von Änderungen vor, auf die wir hier aber nicht weiter eingehen können und auf das Protokoll verweisen müssen. Nach dem neuen Statut beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag zukünftig 20 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder. An jedem Tag darf nur noch eine Aktive bestanden, doch können für die einzelnen Berufs-Zeitungen gegründet werden. Ten Berliner Athleten wurde eine Aktive von einem Jahre gewährt, in der sie sich zu verschmelzen haben. Ten Verbands-Ausschuss verlegte man von Berlin nach Hamburg. Von den Verbandsbeiträgen erhält der Verbands-Vorstand zukünftig 60% pSt., gleich 15% Pfg.

Dann wurde die Einführung einer Sterbehilfe-Unterstützung beschlossen.

Dieser beträgt für männliche Mitglieder nach:

1 jähriger Mitgliedschaft	60 Mk.
2 "	70 "
3 "	80 "
4 "	90 "
5 "	100 "
6 "	110 "
7 "	120 "
8 "	130 "
9 "	140 "
10 "	150 "

Die weiblichen Mitglieder erhalten 75 pSt. der obigen Sätze. Den Mitgliedern, welche beim Inkrafttreten dieser Bestimmung bereits ein Jahr dem Verbands angehören, wird bezüglich der Sterbehilfeunterstützung eine einjährige Mitgliedschaft angerechnet.

Die neuen Statuten treten mit dem 1. Juli 1903 in Kraft.

Dann wurde noch der Beschluß gefaßt, daß der Verbands-Vorstand für Ueberführung der „Gewerkschaft“ in den Besitz des Verbandes Sorge tragen soll.

Der 6. Punkt der Tagesordnung, „Unser soziales Programm, die Gemeinden und die Organisation der städtischen Arbeiter“, mußte leider wegen vorgeschrittener Zeit von der Tagesordnung abgesetzt werden. Der Referent Foerich soll seinen Vortrag in der „Gewerkschaft“ veröffentlichen.

Dann wurde beschlossen, das Verhältnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands weiter aufrecht zu erhalten.

Zum Gewerkschafts-Kongress soll zukünftig der Verbands-Vorstand einen Vertreter entsenden, während die anderen Delegierten durch Urabstimmung zu wählen sind.

Betreffs der Gehälter der Verbandsbeamten machte die Generalversammlung die Beschlüsse des letzten Gewerkschafts-Kongresses zu den ibrigen, indem das Anfangsgehalt der Verbandsbeamten auf 2000 Mk. festgesetzt wurde, welches sich in den ersten 5 Jahren um 100 Mk. und dann um 50 Mk. bis zum Höchstbetrage von 3000 Mk. steigert. Auch beschloß der Verbandstag, die Beamten gegen Anwaltschaft u. bei der Unterstützungs-Vereinigung der Angestellten der modernen Arbeiterbewegung zu versichern und trägt der Verband die gesamten Kosten der Versicherung.

Betreffs der Zusammenverlegung des Verbands-Vorstandes nahm die Generalversammlung eine Änderung vor. Bisher wurde der Vorsitz von dem Verbandskollegen Liebig ehrenamtlich und der Kassierposten von dem Kollegen Fosselart nebenamtlich versehen. Unter diesem Zustand mußte das Verbandsleben leiden, namentlich in Bezug auf das Kassieren, indem der Kassier tagsüber thätig und eine Stunde vom Verbandsbureau wohnte. Durch die beschlossene Vergrößerung der Nachzeitung u. s. w. wurde die Verbandszentrale mit weiteren Arbeiten belastet, so daß der Verbandstag sich zu folgender Regelung der fraglichen Dinge entschloß. Der Vorsitz des Verbandes befand sich zukünftig in Händen eines besoldeten Beamten und wurde der bisherige Verbandssekretär Foerich einstimmig mit diesem Posten betraut. Die Kassengeschäfte werden von dem zweiten Verbandsbeamten mit erledigt; derselbe führt zukünftig den Titel „Verbandskassierer“ und Niel dieses Amt dem Kollegen Hsmanu zu. Der Sekretär und Redakteurposten wurde von der Generalversammlung nicht besetzt, sondern es soll diese Stelle zur Ausschreibung gelangen und der Vorstand in Gemeinabsicht mit dem Ausschuss die Wahl des traglichen Beamten vornehmen.

Ebenfalls durch diese Regelung altverdienende Verbandskollegen, wie Liebig und Fosselart, von ihren bisherigen Posten zurücktreten mußten, war diese Änderung doch durchaus im Verbandsinteresse notwendig. Die Ausdehnung, welche unsere Bewegung in den letzten Jahren erfahren hat, bedingt manche Umwälzung innerhalb der Organisation. Liebig und Fosselart mußten dieser Erweiterung Opfer bringen. Toch werden sie deshalb dem Verbands wohl nicht großen. Auch in sie hat die Bewegung, wenn auch an anderer Stelle, noch Arbeit in Fülle und Mühe, und wird der Verband ihre Thätigkeit, welche sie bisher

jahrelang demselben leisteten, gewiß nicht vermissen.

Am Großen und Ganzen können wir mit dem Resultat, das der 3. Verbandstag zeitigt hat, zufrieden sein. Die gefaßten Beschlüsse werden dazu beitragen, um unsere Bewegung nicht nur in ihrem Innern zu befestigen, sondern auch für die immer weitere Ausbreitung derselben wirken. Selbstverständlich hat der Verbandstag es nicht allen Kollegen recht machen können. Bei 7½ Tausend Mitgliedern sind naturgemäß die verschiedensten Ansichten in den einzelnen Fragen des Verbandslebens aufzuweisen. Viele Köpfe, viele Sinne! Darum ist ja gerade bei den modernen Arbeiterorganisationen das Prinzip der Majorität ausschlaggebend. Die Ansicht der Mehrheit ist bestimmend, die Minderheit muß sich dieser fügen. Wenn also auch einige Verbandskollegen mit diesem oder jenem Beschluß nicht einverstanden sein sollten, so geben wir uns doch der Hoffnung hin, daß bei allen der oberste Grundsatz der Demokratie schon soweit Fuß gefaßt hat, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Lassen wir dieses Prinzip nie aus dem Auge, so können wir sicher sein, daß unsere Bewegung weitere, schöne Erfolge auch in Zukunft aufzuweisen haben wird.

Remerken wollen wir noch, daß die Delegierten am zweiten Verbandstage auf Grund einer Einladung des Stadtraths Kamlan die zweite Berliner städtische Gasanstalt besichtigten.

### Die erste Konferenz der deutschen Gasanitalts Arbeiter

wurde am Freitag, den 17. April, im Anschluß an den beendeten Verbandstag im Gewerkschaftshaus zu Berlin eröffnet. Anwesend sind außer dem Verbandsvorsitzenden und den vier Vertretern des Gasarbeiterverbandes und des kommunalen Arbeiterverbandes in Kopenhagen, 41 Delegierte aus 19 Städten. Auf der Tagesordnung steht: 1. Die Lage der in Gaswerken beschäftigten Personen. 2. Welche Forderungen haben die Gasanitalts Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage aufzustellen? 3. Persönliches. In das Bureau werden Schubert Berlin und Eberger Aulth als Vorgesand, Nibel Hamburg als Schriftführer gewählt.

Nach einem einleitenden Referat von Hr. Foerich über den Zweck der Konferenz und über die allgemeinen Zustände in den Gaswerken sowie über die bisherigen Verordnungen, die überaus schwere, gesundheitschädliche Arbeitsweise zu verbessern, berichtete Hansen-Kopenhagen über den Stand der Organisations- und Arbeitsverhältnisse der dänischen Gasarbeiter. Danach ist durch die Kraft der Organisation eine merkliche Verbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit, sowie die Verlegung der Arbeiter in allgemeinen erzielt worden. In 12 der größten Städte ist nimmere die achtstündige Arbeitszeit infolge der Kauten eingeführt, während in den kleineren Städten noch zum Teil von Stunden gearbeitet wird. Der Lohn ist in den letzten Jahren für die einzelnen in den Gaswerken beschäftigten Kategorien teilweise um 50 pSt. und mehr gestiegen und beträgt außer geleisteten Materialien und welche denen Zuschüssen etwa 4 Kronen und darüber. Nebenliches berichtet København über die Arbeiter im Aufwandsdienst, Vaternen-Aufwandsdienst und Gasmeter-Montreure, deren Lohn von 2,10 Kronen pro Tag im Jahre 1897 auf 1000 und 1200 Kronen pro Jahr zu steigen ist. Diese Arbeiter erhalten außerdem Lohn für geleistete und das Quantum des zu leistenden Materials wie Koks ufm. ist ebenfalls erhöht worden. København schildert hierauf die dort üblichen Arbeitsmethoden und die Lebensweise der dänischen Arbeiter, welche ja bekanntlich nicht so wie die deutschen Arbeiter unter dem Lebensmittelpreiskampf zu leiden haben. Giebt Berlin, der seiner Zeit die Kopenhagener Gaswerke besichtigt hat, gibt ein anschauliches Bild über deren Einrichtungen und weist nach, daß dieselben den deutschen Werken in vielstärker Beziehung als Mutter dienen konnten und daß die Arbeit bei weitem nicht so anstrengend und gesundheitschädlich ist wie die der deutschen Gasarbeiter.

Ten Berichten der Delegierten aus den verschiedenen Städten ist zu entnehmen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchaus recht ungenügend, die sanitären und hygienischen Einrichtungen zum Teil äußerst mangelhaft sind und daß ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der Arbeiter die intensive Ausbeutung der Arbeiterkräfte betrieben wird. To wird A. P. aus Breslau berichtet, daß in den städtischen Gasanstalt u für die Arbeiter, welche an den 2. und 3. Schicht im bei 12stündiger Arbeitszeit um Löhne von 2,70 bis höchstens 3,70 Mk. bezahlt werden. Arbeiter-Ausweise sind für alle ort Umstände nicht vorhanden. Eine Verbesserung dieser ungenügenden Arbeitsbedingungen ist besonders dringlich, weil viel ungenügend, in ständiger polnische Arbeiter beschäftigt werden. Am Oceanus mezu werden die Verhältnisse in den Gasanitalts in Mainz als unzureichend befriedigend befunden. In der letzten Aktive Anstalt ist bereits die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, während allseitig polnische noch in dem neuen Werk die Gesundheitschädlichkeit betragt. Der Lohn beträgt 100 bis 1200 Mk. Die sanitären

und hygienischen Einrichtungen sind leidlich. Die Arbeiter haben für die Einführung der Achtstundenschicht auch in der neuen Anstalt petitioniert und erwarten, dass dieselbe von der hiesigen Verwaltung angeht. Nach der aufgenommenen Statistik sind in dem halben Jahre, wo auch die Achtstundenschicht bestand, von 34 Arbeitern 23, d. i. 67,6%, in dem nächsten halben Jahre aber trotz der Nachwirkung der vordem langen Arbeitszeit bei der Achtstundenschicht von den 34 Arbeitern nur 13, d. i. 38,2% erkrankt. Im ersten Fall betrug die Gesamtzahl der Krankentage 710, im anderen Fall aber nur 316. Den größten Prozentsatz bilden die Hals-, Lungen- und Brustkrankheiten, was es wird angenommen, dass weit über 50% aller Gasarbeiter an den Atmungsorganen krankten.

Die Berichte der Delegierten aus anderen Städten waren viel ungünstiger, namentlich aus den Orten, wo die Organisation der Gasarbeiter eine schwache ist. Die hiesigen Verwaltungen haben nicht das geringste sozialpolitische Verständnis gezeigt, wenn sie nicht von den Arbeitern oder deren Vertretern dazu gezwungen werden.

Die Zustände in den Berliner Gasanitalen und denen der Berliner Vororte wurden von verschiedenen Seiten kritisiert. Aus Altona wird mitgeteilt, dass die dortige Anstalt seit 1894 in hiesigen Verhältnissen überlegen ist, aber keine Verbesserung, sondern in mancher Hinsicht eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse eingeleitet ist. In Nürnberg hatten sich früher die Arbeiter selbst gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, die auf Veranlassung der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher eingeführt werden sollte, gewandt, weil sie materielle Nachteile befürchteten. Der Achtstundentag ist dann aber doch eingeführt worden und gleichzeitig eine Lohnaufwertung vorgenommen, sodass für die Arbeiter weitestehende Vorteile erreicht sind.

In der benachbarten Stadt Nürnberg herrschen im Gegensatz zu Nürnberg, wie berichtet wird, noch gänzlich ungünstige und sehr schlechte Arbeitsverhältnisse, wie sie ähnlich aus den Stettiner und anderen Anstalten berichtet wurden.

Den Berichten über die Betriebsarbeiter folgen nunmehr die Berichte über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Kohlearbeiter und Handwerker. Als zum Schluss haben die Delegierten aus Mainz, Stettin, Trossen und Berlin berichtet und ein umfassendes Material über die ungünstige Lage dieser Arbeiter geliefert. In Berlin wurde berichtet, dass die dortigen Arbeiter weniger als in anderen Städten unter ungünstigen Verhältnissen leben. In Trossen und Berlin sind die Verhältnisse in mancher Hinsicht noch schlechter als in anderen Städten sind.

### Zweiter Verhandlungstag.

In der Vormittags-sitzung wird die Berichterstattung über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Kohlearbeiter und Handwerker fortgesetzt. Die Berichte der Delegierten sind im wesentlichen gleichlautend: Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, willkürliche Behandlung seitens der Vorgesetzten, Mangel an Schutzvorrichtungen und ungeeignete hygienische Verhältnisse, während dererzeit die Gesundheit der Arbeiter eine sehr unzureichende ist, wenn überhaupt, so doch nur in geringem Maße enttorender Krankheit, Unfällen, Alter und Invalidität für die Arbeiter gefolgt sind. Berlin macht darauf die rühmliche Ausnahme, im Gegenteil müsste geltend gemacht werden, dass die Verhältnisse in mancher Hinsicht noch schlechter als in anderen Städten sind.

Bezüglich lauten die Berichte über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Kohlearbeiter, Metallarbeiter, Maschinenwärter, Anstaltswärter usw. Es berichten hier die Delegierten von Berlin, Trossen, Stuttgart, Forstheim, Stettin, Mainz, Nürnberg, Bremen, Hamburg, Jülich usw. — Einigenmaßen geteilt, wenn auch noch viel Verbesserungsbedürftig, sind die Arbeitsverhältnisse für die verschiedenen Kategorien in Jülich.

In Kopenhagen sind, wie berichtet wird, die Kohlearbeiter seit 1898 mit Löhnsberechtigung fest anstellt, erhalten Uniform mit Regenschirm und einen Jahresgehalt von 1000 bis 1200 Kronen. In den verschiedenen Städten Deutschlands werden Löhne von 10 bis 21 Mk. und nur selten einige Mark mehr zahlt, so dass die Kohlearbeiter trotz der schon verhältnismäßig langen Arbeitszeit, wobei sie allen Stunden der Fütterung ausgesetzt sind, zumeist auf einen geringen Lebensstandard angewiesen sind. Ein Tag wird diesen Arbeitern in vielen Fällen über 20 nicht gewährt, oder aber sie müssen für diesen zu einem Vorkaufmann auf ihre Kosten gehen.

Nach beendeter Berichterstattung referiert St. Schubert über die Forderungen der Gasanitalarbeiter. Verbesserung ihrer Lage, der hierbei auch die Städte in den Berliner Gasanitalen überlebt und das Verhalten der Stadtverwaltung den Anforderungen der Arbeiter gegenüber einer strengen Kritik unterzogen. Er ist nach, dass die begründeten Forderungen der Arbeiter den wichtigsten Gemeinden abgelehnt werden und die Verwaltung im Allgemeinen sozialpolitisch einen nicht befriedigenden Standpunkt einnimmt. So werden einem Arbeiterbescheid der Verwaltung der nächsten Woche eine Petition geteilt als Kausalität für die schlechte Gesundheitslage der Arbeiter und die Abweisung der achtstündigen Arbeitszeit zurückgewiesen. Das Angelegenheit in der Anstalt in Kassel, an man sich um die Anstalt gewandt hat, als die Petitionen gemacht werden. Der Arbeiter bescheidet, dass er die Notwendigkeit einer hiesigen Anstalt betont hat, eingehend die Anforderungen der

Gasanitalarbeiter, die in einer Resolution zusammengefasst sind. Diese Resolution, die ohne Diskussion einstimmig angenommen wird, lautet:

In Erwägung des Umstandes, dass die Verwirklichung der Forderungen der Gasarbeiter hinsichtlich der betriebstechnischen Einrichtungen das Lebenswichtige ist, die Arbeiter bedrückenden Verhältnisse ergeben hat, fordert die Konferenz zeitgemäße Reformen. — Die Konferenz erachtet die in den meisten Gasanitalen herrschende zwölfstündige Arbeitszeit als viel zu lang. Die physische Arbeit ist außerordentlich schwer und von ruinöser Wirkung auf die Gesundheit. Es leidet darunter nicht nur das körperliche, sondern auch das geistige Wohlbefinden der Arbeiter. Deshalb hält die erste Konferenz der deutschen Gasarbeiter für unbedingt notwendig, dass in allen deutschen Gaswerken für die Arbeiter des inneren Betriebes der mit gehörigen Bauten durchgeführte Achtstundentag, also der Tagewechsel nach Kopenhagener Muster, eingeführt wird. Besonders ist die lange Schichtdauer zu verurteilen und nach Befestigung derselben hinzuwirken. Ferner hält es die Konferenz für notwendig, dass den Arbeitern unentgeltlich gute, erfrischende Getränke zur Verfügung gestellt und in ausreichendem Maße Wälder eingerichtet werden. Für die übrigen Angestellten der Gaswerke: Sozialarbeiter, Arbeiter der öffentlichen und zivilen Beleuchtung müssen in materieller als auch in hygienischer Beziehung bessere Verhältnisse eingeführt werden. Außerdem fordert die Konferenz die Durchführung der sonstigen im Programm des Verbandes der hiesigen Arbeiter niedergelegten sozialen Grundzüge. Der Vorstand des genannten Verbandes wird ersucht, überall eine entsprechende Agitation für die Verwirklichung der aufgestellten Forderungen zu entfalten und alle notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen.

Die Resolution soll mit den Forderungen der übrigen hiesigen Arbeiter allen kommunalen Verwaltungen überreicht werden.

Unter verschiedenen werden noch mehrere Wünsche geäußert, aber von einer Beschlußfassung Abstand genommen. Außerdem wird mitgeteilt, dass die Kopenhagener Kohlenwärter und Gasfunktionsäre den Verband zum 1. Juli gekündigt und eine Erhöhung des Lohnes, der bisher, je nach der Dienstzeit, 1000 bis 1200 Kronen beträgt, auf 1100 bis 1400 Kronen fordern.

Nachdem die dänischen Delegierten dem Wunsch Ausdruck gegeben, dass auch in Zukunft ein solidarisches Zusammenwirken stattfinden und nach einer Ansprache des Vorsitzenden Schubert an die Delegierten, in der er ebenfalls den Gedanken der internationalen Solidarität betont, wird die Konferenz geschlossen.

## Verbandstheil.

### Wahlung, Verbandsorgane!

Der Verbandstag hat den Unterzeichneten zum geschäftsführenden Vorsitzenden und den Kollegen G. Ahmann zum Kassierer gewählt.

Alle Mitglieder für den Verbands-Vorstand sind daher zukünftig an **Dr. Poersch, Berlin W. 57, Bülowstraße 21**, und alle Geldsendungen an **G. Ahmann, Berlin W. 57, Bülowstr. 21**, zu richten.

Zämmliche Zuschriften für die „Gewerkschaft“ gehen vorläufig an **H. Wöhe, Berlin W. 57, Bülowstraße 21**.

Wir bitten um genaue Beachtung der obigen Absichten.

### Für den Verbands-Vorstand.

A. M. Dr. Poersch.

Folgende Gelder liegen bei dem Unterzeichneten für das I. Quartal 1903 ein: Berlin I. 210,18 Mk., Berlin II. 108,98 Mk., Berlin VI. 253,77 Mk., Grefeld 44,10 Mk., Wiesbaden 68,20 Mk., Berlin XIV. 238,5 Mk., Trossen 296,63 Mk., München II. 17,55 Mk., Leipzig 790 Mk., (2. Rate), Mainz I. 207,60 Mk., Nürnberg 223,45 Mk., Kiel 96,30 Mk., Berlin XIV. 16,47 Mk.

R. Poischart, Kassierer.

**Zur Beachtung!** Die Ämtern-Vorstände werden hierdurch ersucht, an alle Mitglieder des hiesigen Verbandes je ein Exemplar unseres Geschäftsberichts in geeigneter Weise zu übermitteln. In diesem Auszuge greifen wir deshalb, weil uns die Adressen der einzelnen Mitglieder dieses zumeist unbekannt sind, den Platz hat: Kollegen der verschiedenen Gemeinden über 2000 Einwohner haben wir die Vorstände selbst zugefandt. Es bleibt den Ämtern alle nur die Mühseligkeit des vorbezeichneten Sammelns und Heften nur, das diese Anregung genügt, um unser Verlangen zu erfüllen.

Das Verbandsmitglied **Sermann Daubold**, geb. am 13. Juni 1877, in St. Laurent, Anhalter des Reichs-Eisenbahns Nr. 1109, emigriert in Trossen, hat verabschiedet, seine Verbindungen dem Verbands- und den 2. Responder Organisationsmitgliedern gegenüber zu erfüllen, und deshalb am 2. Juni des 8. 5. Abgang a und b des Monats aus dem Verbands-angewiesenen Berlin, den 23. April 1903.

### Der Verbands-Vorstand.

## Versammlungen.

**Berlin I.** Unsere Filiale hielt am 8. April d. J. bei Hoffmann, Palmenallee 3, ihre Generalversammlung ab. Nach Eröffnung derselben durch den stellvertretenden Vorsitzenden berichtete der Kassierer über Einnahmen und Ausgaben im I. Quartal 1903. Es ergab sich, dass mit dem Bestand vom vorigen Quartal die Einnahmen 1451,60 Mk. und die Ausgaben 548,06 Mk. betragen, sodass jetzt ein Bestand von 903,54 Mk. verbleibt. Von diesen 903,54 Mk. sind aber 300 Mk. für Bibliothek getrennt zu führen, wodurch der Bestand in der Filialen-Kasse auf 603,54 Mk. herabgeht. Hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei den dann folgenden Wahlen wurde der Vorstand neu gewählt bis auf den ersten Vorsitzenden, der durch Krankheit an der Teilnahme der Versammlung verhindert war und deshalb bei der Wahl auf die nächste Versammlung vertagt wurde. Ein Antrag, dem I. Kassierer eine gute Kasse zu kaufen, damit er die Gelder unter sicheren Verchluss bringen kann, wurde, nachdem hierüber diskutiert war, der Kommission übergeben, welche die Bibliothek geregelt hat. Kollege Tschew regte noch die Frage an, ob die Delegierten ein gebundenes oder ein freies Mandat auszuüben haben. Auch dieser Punkt entzifferte eine lebhaft Diskussion, die darin ausging, dass die Delegierten freie Bewegung in allen Fragen haben sollen.

**Stettin II** (Was- und Wasserwerk). Um den Kollegen vom Schweizerhof und der Geschäftsstelle II Gelegenheit zu geben, sich auch einmal bei der Versammlungsbesuch beteiligen zu können, fand am Freitag, den 17. April, Abends 8 Uhr, in dem hiesigen Kollegen näher gelegenen Gesellschaftshaus eine Versammlung statt. Als Referent war Genosse Haber erschienen, welcher einen interessanten Vortrag über das Thema: „Staat und Arbeiter“ hielt. In seinem Schlusswort forderte er die Kollegen auf, bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur dem Kandidaten ihre Stimme zu geben, welcher auch wirklich ihre Interessen vertritt. Unter Berichtendes führten die einzelnen Redner an, dass sich von den 1200 hiesigen Arbeitern bisher zwar nur etwa 200 dem Verband der hiesigen Arbeiter angeschlossen hätten, dass aber nach dieser Richtung hin Much und Ausdauer zum Ziele führe. Ein anderer Redner sprach sein Bedauern darüber aus, dass gerade die älteren Kollegen vom Schweizerhof sich dem Verband gegenüber indifferent verhalten, worauf vom Vorsitzenden darauf verwiesen wurde, dass hier wie überall in der Organisation der Arbeiter nur Geduld und systematische Agitation etwas erreichen könne. Die Versammlung schloss mit dem Wunsch auf ferneres Mithin und Gelingen des Verbandes.

**Würzburg.** Am Samstag, den 18. April, fand hier eine allgemeine Versammlung hiesiger Arbeiter statt. Kollege Altvater aus Stuttgart, der auf der Rückreise von der Generalversammlung in Berlin unsere Stadt berührte, referierte in einem vorzüglichen Vortrag über den Zweck und Nutzen unseres Verbandes. Redner unterzog zunächst die Lage der Kollegen einer eingehenden Kritik, von dem Grundgedachte ausgehend: Gemeindegewerkschaften sollen Mutterbetriebe sein. Das sei heute leider noch nirgends der Fall. Wo sich aber die Verhältnisse schon gebessert hätten, die Löhne verhältnismäßig gute zu nennen seien, dort machten sich die Nachteile des Verbandes ganz unmerkbar geltend. Was für die Entlohnung gelte, das treffe auch bezüglich der Arbeitszeit, Altersrenten, Unterstützung in Krankheitsfällen, sanitären Verhältnissen in den Betrieben etc. zu. Überall sei zu bemerken, dass durch einmütiges, geschlossenes und ruhiges Vorgehen unsere Organisation den Kollegen bessere Existenzbedingungen schaffe. Das, was in anderen Städten schon erreicht sei, konnte auch in Würzburg geschehen und würde seiner Meinung nach auch durch Zusammenhänden. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloss sich eine rege Diskussion, in der namentlich der Kollektivismus das Wort geriet und die verschiedenen Ansfassungen unseres Verbandes, die von gewisser Seite unternommen sind, zurückgewiesen wurden. Sodann gab Kollege Altvater noch einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung in Berlin. In der nächsten Versammlung wird über die dort gefassten Beschlüsse noch einmal des Näheren referiert werden, ebenso über die inneren Einrichtungen des Verbandes. Als sehr erfruchtend konnte am Schluss der Versammlung konstatiert werden, dass die Mitgliederzahl wiederum um ein Beträchtliches angelegen ist.

## Versammlungs-Anzeiger.

- Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.
- Berlin.** Kombinierte Versammlung am 21. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.
- Berlin I.** (Was- und Wasserwerk) am 12. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.
- Berlin II.** (Was- und Wasserwerk) am 12. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.
- Berlin III.** (Was- und Wasserwerk) am 12. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.
- Berlin IV.** (Was- und Wasserwerk) am 12. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.
- Berlin V.** (Was- und Wasserwerk) am 12. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.
- Berlin VI.** (Was- und Wasserwerk) am 12. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.
- Berlin VII.** (Was- und Wasserwerk) am 12. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.
- Berlin VIII.** (Was- und Wasserwerk) am 12. d. M., den 12. 12. 1. in den Anstalten, Anstaltstr. 21.



# Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 9.

Berlin, den 1. Mai 1903.

7. Jahrg.

## Adolf Guhn †.

Nun ist auch er dahingegangen, der alte, treue Guhn, der unermüdete Agitator und langjährige Vertrauensmann der Berliner Gasarbeiter, der seitherige Vorsitzende der Filiale Berlin I. Nach nur kurzem Krankenlager, das ohne Zweifel in der Hauptsache auf seine berufliche Tätigkeit zurückzuführen ist, verstarb er am 22. April d. J.

Am Sonntag, den 26. April, wurde er auf dem neuen Pauls Kirchhof vor ewigen Ruh gebettet. Hunderte seiner Kollegen und Genossen gaben ihm das letzte Geleit. In feierlicher Weise vollzog sich dieser letzte Gang. Ein kurzer ergreifender Gesang seiner Freunde leitete den Akt ein, worauf sich der lange Zug der Leidtragenden, unter den Klängen bekannter Trauermusik, in Bewegung setzte. Die Feier am Grabe, durch Musik und Gesang noch besonders stimmungsvoll gemacht, verlief im Allgemeinen still und den Wünschen des Toten entsprechend. Die Niederlegung der Kränze konnte nur mit kurzen Bemerkungen erfolgen! Kränze und besondere Reputationen hatten entfallen, der Verbandsvorstand, die Berliner Ortsleitung, die Filialen I, Ia, Ib, XI, Schmargendorf, die Gasarbeiter der Anstalt Müllerstraße, der sozialdemokratische Verein Berlin VI und der Vorstand und die Beamten der Gemeindebetriebskasse. Beim Leichenbegängnis an sich waren Vertreter fast aller Berliner Filialen zugegen. Sicherlich ein Zeugnis dafür, wie sehr Adolf Guhn seitens seiner Kollegen geachtet und geehrt wurde.

So ist denn wieder einer aus den Reihen der Alten zu Grabe gegangen, der die ersten Anfänge des Verbandes der Gemeindegasarbeiter mit durchgemacht hat. Wiederum ist eine Lücke in den Stamm unserer Kollegen gerissen, für die Ersatz durch jüngere Kräfte geschaffen werden muß.

Es geziemt sich daher wohl, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß jeder einzelne Verbandskollege genau so fest und wirksam für unsere Organisation eintreten soll, wie der Verstorbene. War er doch stets bereit, alles zu thun, was im Interesse des Verbandes lag. Gegen Freund und Feind trat er für seine Meinung und für's Recht ein. Stets blieb er treu dem Verbands, darum wollen auch wir arbeiten und schaffen, wie er es gethan, und für die Ausbreitung der großen Ideen sorgen, die er begehrt.

Ehre seinem Andenken!

## Die Stadt Riel als Arbeitgeberin.

In diesem Kapitel schreibt die Schleswig-Vollsteinsche Volkszeitung: „Aus städtischen Betrieben sollte man eigentlich nur Gutes zu berichten haben. Leider erfährt man Schleiches und Tadelnswürdiges, seitdem die Arbeiter in Gemeindebetrieben zum großen Teil organisiert sind, nur zu oft. Als auf der Gasanstalt in der Wit in Herbst vorigen Jahres ein fünfter Ofen in Betrieb gesetzt wurde, unterließ die Verwaltung es, für diesen Ofen einen Coakschieber einzustellen. Die Arbeit, die dieser zu verrichten hat, mußte an dem neuen Ofen von den beiden Retortenhebern mit gemacht werden. Abgesehen davon, daß dies eine Ungerechtigkeit war, war es von der Verwaltung unbillig, von den Heizern die Mehrarbeit zu verlangen. Der Dienst der Heizer an den Ofen ist ein sehr schwerer. Er ergibt sie dermaßen, daß ein plötzlicher Temperaturwechsel, der bei Verrichtung beider Arbeiten, Heizen und Dinausschaffen der Schlacken, unermesslich ist, für die Arbeiter die schwersten Schäden an der Gesundheit zur Folge haben muß. Es ist daher zu verstehen, daß die Heizer um Einstellung eines Arbeiters bitten und, als ihnen dies abgelehnt wurde, auf Verfüzung der Arbeitszeit drängen. Unter Hinweis auf die Arbeitszeit auf Gasanstalten anderer Städte wünschten sie die Einführung der 8 Stundenfrist oder wenigstens eine Abfüzung der regulär 8 Stunden wieder erhaltenden 24 Stundenfrist. — 24stündige Arbeitszeit — wahrhaftig, wie Niemand können und was einbinden! Das nennt man den Tag nützlich zu verwenden! Nebenbei bemerkt ist es nicht, daß die Arbeitsstätte zum Ofen oder der gleichen verläßt. Der Meister der Gasanstalt empfahl den ihre Wünsche mündlich vorbringenden Arbeitern, sich

mit einem Gesuch an die Direktion zu wenden. Das Gesuch wurde im Herbst vorigen Jahres eingereicht, und die Sache war erledigt. Die Heizer erhielten keinen Wagensicher, behielten ihre lange Arbeitszeit, auch die 24stündige Sonntagsfrist. Trotzdem gaben sie die Hoffnung nicht auf, daß ihre Wünsche zum 1. April, dem Beginne des neuen Rechnungsjahres, erfüllt werden würden. In den letzten Tagen des Monats März wurden nun die Leute zusammengerufen und ihnen mitgeteilt, daß die Arbeitszeit dieselbe bleibe, aber es gebe 20 Pf. pro Tag Zulage und — wem's nicht paßt, der kann gehen. Die Heizer und übrigen Handwerker erhielten 20 Pf. Zulage. Von den Klagarbeitern wurden ganze 5 Mann mit 15 Pf. Zulage bedacht. Sodann erkundigte sich der Meister gelegentlich nach denjenigen, die die Idee der Abschaffung der 24 Stundenfrist zuerst gehabt hätten, nach dem Verband, wo er seinen Sitz hätte, und wer hier in Riel für den Verband die Beiträge sammle. — Gehst Sie das etwas an, Herr Meister? — Und der Schlusssatz war, daß zwei Heizer entlassen wurden, die sich weigerten, eine der für die Gasanstaltsarbeiter von der Stadt errichteten Wohnungen zu nehmen. Das ist jedenfalls sonderbar. Es war doch bisher nicht Dienstvorschritt, daß ein Gasanstaltsarbeiter eine dieser Wohnungen beziehen mußte. Warum denn jetzt? Sollen denn die Arbeiter, die auswärts wohnen, z. B. in Breeß und in der Wit, entlassen werden? Oder sollen die jungen ledigen Leute eine solche Wohnung nehmen? Wir finden es begreiflich, daß die Verwaltung beabsichtigt ist, die Wohnungen zu vermieten, aber unbegreiflich, daß man sich zwei Leute aussucht und ihnen diktiert, diese Wohnungen zu beziehen. Will man eine derartige Vorschrift erlassen, so muß sie doch für alle Arbeiter gelten. Sucht man sie so einzeln aus, dann giebt's immer Leute, die der Ansicht sind, daß man diese zwei los sein sollte und kein anderes Mittel fand, seinen Plan durchzuführen. Jedemfalls sind derartige Vorkommnisse in städtischen Betrieben werth, kritisiert zu werden und geeignet, auch den ausgläubigsten Arbeiter mißtraulich zu machen. Auch hier wird es nicht eher anders werden, als bis die städtischen Arbeiter so organisiert sind, daß sie eine Macht bedeuten, mit der die Stadt als Arbeitgeberin zu rechnen hat. Vorläufig ignorirt der Magistrat der Stadt Riel den Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter noch. Auf eine dem Magistrat vom Verbands am Dezember v. J. eingereichte Forderung aller auf Gaswerken beschäftigten Arbeiter ist bis heute noch keine Erklärung vom Magistrat eingelaufen. Wie verlautet, soll Einzelnen eine Vohnerhöhung gesichert sein. Eine dementsprechende Mitteilung ist aber dem Verband noch nicht zugegangen. Wir sind der Ansicht, daß die Stadtverwaltung verpflichtet wäre, sich mit dem Verbands in Verbindung zu setzen, zumal dieser in seiner Eingabe wünschte, die Forderungen durch eine Reputationsmündlich begründen zu dürfen. Nun, vielleicht geschieht es ja noch, wünschenswerth wäre, für die städtischen Arbeiter ist dies aber ein Beweis mehr, wie notwendig es ist, sich in der Organisation eine Waffe zu schaffen, die geeignet ist, Zustände zu befechtigen, wie sie hier geschildert sind und wie wir sie später wieder kritisieren werden. Für heute wollen wir's genug sein lassen. Den Wunsch müssen wir aber noch einmal ausdrücken, daß die Gemeindegasarbeiter alle ohne Ausnahme erkennen mögen, wie notwendig der Zusammenschluß in der Gewerkschaft ist.

## Kongresse und Verbandstage.

Ende März und Anfang April tagten Generalversammlungen mehrerer Gewerkschaften. Es dürfte für unsere Leser von Interesse sein, die wichtigsten Beschlüsse dieser Verbandstage zu erfahren.

Die zweitgrößte der deutschen Gewerkschaften, der **Maurerverband**, tagte vom 31. März bis 4. April in Berlin. Der früher erwähnte Kartellvertrag mit den Verbänden der Zimmerer und Bauarbeiter wurde akzeptiert. Heinerntenswerth war ein Referat Pöplom's über „Bildung und Bildungsmittel“. Der Referent hält es für die Pflicht der Verbände, auch die Bildung der Mitglieder auf das Nothdürftigste zu fördern und empfiehlt Gründung von Bibliotheken oder Archiven in den Zweigvereinen, sowie Abhaltung von solchen Vorträgen und Vorlesungen in den Versammlungen, wodurch Geist und Gemüth angeregt und weiter gebildet werden.

Die Statutenänderung bringt wesentliche Neuerungen. Wie bisher sollen für jährlich 40 Wochen Beiträge entrichtet werden, während der Zeit vom März bis November. Der Beitrag schwankt nach dem örtlichen Lohnverhältnissen in acht Klassen von 25—60 Pf. pro Woche. Die Unterbringungseinrichtungen werden durch die Krankenunterstützung erweitert: dieselbe soll nur während der Monate März bis November erfolgen und nach einer Berechnung des Vorstandes bei bedeutender Krankenzahl die Summe von 124258 Mk. erforderlich. Die jährlich um 5000 Mk. steigen wird. Unterstützungsbeiträge sind nur die Mitglieder, welche dem Verbands zwei Jahre lang angehören und von einer auf Grund des Versicherungsgesetzes bestehenden Krankenkasse Krankengeld beziehen.

Die Unterstützung richtet sich nach der Höhe der Beitragsleistung und Dauer der Mitgliedschaft und beträgt in der ersten Beitragsklasse 1,40, in der zweiten 2,10, in der dritten 2,40 Mk. pro Woche usw. um je 30 Pf. steigend. Nach vierjähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung um 40 Pf. pro Woche und steigt von da an alle zwei Jahre um 30 Pf. pro Woche bis zu einer Höhe von 4,20 Mk. in der sechsten Klasse und 6 Mk. in der achten Klasse. Die Unterstützung wird vom achten Krankheitstage an auf die Dauer von zwölf Wochen gewährt. Mit 189 gegen 26 Stimmen wird die Einführung der Krankenunterstützung nach dem Antrage des Vorstandes beschlossen. Wer jedoch die volle Unterstützung bezogen hat, muß erst wieder eine Beitragsleistung von 40 Wochen aufweisen, ehe eine neue Unterstützung eintreten kann. Krankenunterstützung wird nur im Winter bezahlt, und zwar nur an diejenigen, welche ein volles Jahr Mitglied oder innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit eingetreten sind. Die Höhe derselben beträgt 75 Pf. pro Tag und darf in einer Periode (von November bis März) 30 Mk. nicht übersteigen. Streikunterstützung erfolgt vom vierten Tage ab und beträgt analog den Beitragsklassen für diejenigen, welche ein volles Jahr Mitglied sind, 9—16 Mk., für die, welche kein volles Jahr Mitglied sind, 7—14 Mk., also 2 Mk. weniger. Für jedes Kind wird 1 Mk. extra bezahlt. Die Sterbeunterstützung wird nach dem Entwurfe des Vorstandes dahin abgeändert, daß beim Tode eines Mitgliedes sowie beim Tode der Ehefrau eines Mitgliedes in der ersten Beitragsklasse nach einjähriger Mitgliedschaft 20 Mk., in der zweiten Klasse 25 Mk. u. s. w., in jeder höheren Klasse um je 5 Mk. bis in der achten Klasse auf 55 Mk. steigend, gezahlt werden. Nach vollendeter dreijähriger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung in allen Klassen 5 Mk. mehr und steigt von da an für jedes weitere volle Jahr um 2,50 Mk. bis zur Höhe von 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 und 105 Mk. Weiter wurde die Unterstützung bei Wagneregelung und Haft geregelt.

Der Verbandstag sprach sich gegen die Arbeitsarbeit aus.

Das Gehalt der beiden Vorsitzenden, der beiden Redakteure und des Sekretärs wurden auf 200 Mk. (statt 180 Mk. bisher) und das der übrigen Beamten auf 180 auf 190 Mk. pro Monat festgesetzt. Das Gehalt der Hauptvorstände soll mindestens 150 Mk. betragen. Dies soll auch für die Zweigvereinsangehörigen gelten, und es wurde ausdrücklich anerkannt, daß die Ansicht nicht richtig sei, das Gehalt der Beamten dürfe nicht höher sein, als der ortsübliche Lohn eines Maurers, da an die Angestellten einer Organisation bedeutende Anforderungen gestellt werden. Zur Verhinderung der Beamten empfahl die Kommission eine Resolution, worin ausdrücklich die Verpflichtung der Organisation betont wird, ihre Beamten zu versichern, damit solche Fälle wie in Magdeburg (Schob) vermieden werden. Der Witwe eines städtisch demontirten Zweigvereinsangehörigen wird eine Pension von 15 Mk. wöchentlich zugesprochen. — Der bisherige Vorstand der Organisation wird wiedergewählt und der Verbandstag nach vierjähriger Verbindung geschlossen.

Die **Bauhilfsarbeiter** tagten ebenfalls in Berlin. Sie beschloßen die Anstellung von sieben besoldeten Gauleitern. Die Krankenunterstützung wurde im Prinzip beschlossen. Für die praktische Durchführung derselben sollen bis zum nächsten Verbandstag Unterlagen geschaffen werden. Die Sterbe-, Reise-, Heise-, Wagneregelung und Unzugesunterstützung wurde verbessert. — Bezüglich der Beiträge wurde beschlossen, statt der bisherigen drei Beitragsklassen acht Klassen einzuführen, wodurch der großen Verdiensten der Löhne mehr Rechnung getragen wird. Der Einheitsbeitrag wurde auf 20 Pf. pro Woche festgelegt, der ohne Zuschlag dort gilt, wo der Stundenlohn nicht über 24 Pf. beträgt. Bei höheren Stundenlöhnen können Zuschläge für den Unterbringungsfonds hinzu, die je nach der Lohnhöhe 5—35 Pf. betragen. Der letzte Zuschlag tritt bei Stundenlöhnen von über 74 Pf. ein, so daß hier der Gesamtbeitrag 55 Pf. beträgt. Im Allgemeinen ist der Beitrag so geregelt, daß er ungefähr der Höhe des am Orte gezahlten Stundenlohnes gleichkommt. In den einzelnen Städten, wo verschiedene Lohnsätze maßgebend sind, sollen höchstens zwei Lohnklassen eingeführt werden. Bei Arbeitslosigkeit beträgt der Beitrag in der niedrigsten Klasse 15 Pf., in den übrigen 20 Pf. Das Eintrittsgeld ist auf 50 Pf. bemessen. Weiter hatte der Verband in den größeren Orten mehrere Jahrestage: das soll jetzt anders werden. Der Verbandstag hat beschlossen, daß in dem Bezirke eines Orts, resp. Lohn-, Arbeits- oder gemeinlichen Interessensgebietes, oder für mehrere Orte, die zusammenliegen, nur eine Jahrestage bestehen soll. Das Fachorgan, das bisher den Titel „Der Arbeiter“ führte, soll in Zukunft „Der Bauhilfsarbeiter“ betitelt werden. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg. Die bisherigen besoldeten Vorstandsmitglieder und der Redakteur des Fachorgans wurden einstimmig wiedergewählt. Das Gehalt wurde auf 200 Mk. festgelegt und soll jährlich um 20 Pf. steigen bis zur Maximalthöhe von 220 Mk.

Die **Wäler** sprachen sich im Bezirk für Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, eine Vorlage für

diese Unterstützung ausarbeiten und im Laufe des Sommers den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Fällt diese in beiderhandiger Sache aus, so tritt die Einführung mit einem Verbandesbeitrag von 10 Pf. am 1. Januar 1914 in Kraft. Beschlossen wurde, für Jahreshellen mit mehr als 400 Mitgliedern besondere Beamte anzustellen. Es soll auf **Verrechnung aller in einem Wohngebiet belegenen Zahlstellen** ein Gedanke werden. Der Beitrag wurde vorläufig für die Zeit vom 1. März bis 31. Oktober auf 40 Pf. für die übrige Zeit des Jahres auf 15 Pf. festgesetzt. Den Mitteln steht es frei, lokale Zuschläge in beliebiger Höhe zu erheben. Die Sterbe- und Streitunterstützung wurde verbessert. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg; die bisherigen Mitglieder des Vorstandes wie auch der Redakteur wurden einstimmig wieder gewählt. Das Anfangsgehalt wurde auf 2000 festgesetzt und soll bis 2500 steigen. Den jetzigen Beamten wurden sofort 200 Zulage gewährt.

Die **Barbiere** (Verband der Barbiere, Friseur und Friseurinnen) beschloßen auf ihrem 7. Verbandstage in Mannheim vom 24. bis 26. März die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Gehalt wird 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von 30 Tagen, der Beitrag wurde von 25 auf 40 Pf. pro Woche erhöht. Der Titel des Verbandes wurde umgeändert in **Verband der Friseurgewerkschaften**.

Auch die **Tabakarbeiter** beschloßen auf ihrem Verbandstage in Dresden neben einer Wöchnerinnen- und Hinterbliebenen-Unterstützung die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Desgl. die **Zattler** (Verbandstag in Raffel zu Ebern). Dem Streitreglement dieser Organisation wurde hinzugefügt: Die Genehmigung von Angriffsstreiks kann nur dann erfolgen, wenn zwei Drittel aller in Betracht kommenden Kollegen mindestens ein halbes Jahr dem Verbande angehören. Bei Abwehrstreiks muß mindestens die Hälfte der Kollegen ein halbes Jahr organisiert sein. Dauert ein Streik bereits zwei Wochen und ist an eine Beilegung noch nicht zu denken, so sind die nicht durch besondere Umstände an den Ort gebundenen Mitglieder verpflichtet, den Ort zu verlassen.

(Schluß folgt.)

## Aus den Gemeinden.

Die **Vohn- und Arbeitsverhältnisse der Gärtner und Parkarbeiter der Stadt Berlin**, die in dem in voriger Nummer der Gewerkschaft in Veranlassung des Artikels XV streiften, beschäftigen sich wieder in größerem Maße die bei der Parteiverwaltung tätigen Kollegen. Vor allem sind es ihre Vohnverhältnisse, die ganz und gar unzulänglich sind. Während man nämlich in anderen hiesigen Betrieben den ungelerten Arbeitern einen Anfangslohn von 3,50 Mk. und den geübten Arbeitern einen etwas höheren Lohn gewährt, hat man die besagten Gärtnerkategorien in den letzten Jahren garnicht berücksichtigt. Vohne von 2,50 bis 3 Mk. sind nichts seltenes. Auch die 11stündige Arbeitszeit ist im Sommer noch zu finden. Alle von diesen Leuten unternommenen Schritte zwecks Abstellung und Besserung dieser Zustände scheiterten an der von maßgebender Stelle befandenen Anschauung, die Arbeit wäre eine sehr leichte und es wären zum Teil auch Rentempfänger dabei beschäftigt. Es wirkt wirklich eigenartig und ungenau von wenig sozialpolitischer Einsicht, wenn man meint, daß die große Stadt Berlin mit einem solchen Einwand operiert. Mühen denn nicht Leute mit sozialer Arbeit auch essen und trinken, ihre Steuern zahlen und sonstige Verpflichtungen prompt erfüllen? Daß einzelne Mitglieder als Rentempfänger von der Stadt beschäftigt werden, ist anerkennenswert, entscheidet aber nicht von der Verhinderung, die übrigen Arbeiter so zu bezahlen, daß sie nicht verhungern. Es entspricht aber auch nicht den Tatsachen, wenn hier immer von einer leichteren Arbeit gesprochen wird. Gerade jetzt bei dem beginnenden Frühling kann man es tagtäglich beobachten, wie die Gärtner und Arbeiter den schlechten Winterverhältnissen ausgeliefert sind. Bei Wind und Wetter, bei Regen und Sonneneinstrahlung müssen sie im Freien ihre Arbeit verrichten. Doch oben in den Häusern oder auf der feuchten Erde von früh bis spät scharfen für kümmerlichen Lohn. Aufenthaltsträume für dieselben oder selbst ein Raum, um die Sachen davor zu unterzubringen, sind unbekante Dinge. Der häufig gemachte Einwand, man dürfe der Privatindustrie keine Konkurrenz machen, ist auch nicht mehr inhaltlich, denn dort werden weit höhere Vohne gezahlt. Auch die eigentümliche Praxis, gelehrte Gärtner als Arbeiter in der Vohnliste zu führen, mußte nicht besonders an. Man will nun noch einmal versuchen, ob es denn nicht möglich sei, die Parkarbeiter so zu bezahlen, wie es in anderen Betrieben Gebrauch ist und die Forderung stellen, daß für die Gärtner ein Anfangslohn von 1,50 Mk., steigend in acht Jahren bis zu 6,50 Mk., für die Arbeiter 3,50 Mk., steigend bis zu 1,50 Mk., gezahlt wird. Keiner erregt es befremden, daß der vor längerer Zeit bewilligte Arbeiter-Ausschuß bisher nicht gewählt ist. Es erweckt wirklich den Anschein, als ob man absichtlich den Arbeitern die ganze Rücksichtslosigkeit der Parteiverwaltung in sozialpolitischer Hinsicht vor Augen führen wolle.

**Abgeschlagene Vohnaufbesserung.** Die städtischen Müharbeiter in Kondsburg hatten vor nicht all zu langer Zeit ein Gesuch um Aufbesserung ihrer Vohne an den Magistrat eingereicht. Die vorherigen Vohne betragen bei 10stündiger Arbeitszeit für Anfänger 16,50 Mk., für schon längere Zeit beschäftigte Arbeiter 17,50 Mk. und für Parkarbeiter 18 Mk. pro Woche. In den künftigen Betrieben in Kondsburg werden jedoch

allenfalls höhere Vohne bezahlt. Das königliche Projektamt 4. B. zahlte seinen Arbeitern bei 10stündiger Arbeitszeit in der ersten Klasse 19,50 Mk., in der zweiten 18,50 Mk., in der dritten 16,95 Mk. und die Parkarbeiter erhalten 22,50 Mk. Mit Rücksicht hierauf und in Folge der stetig steigenden Theuerung, sowie der Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns glaubten nun die Müharbeiter durch ein Eingehen den Magistrat veranlassen zu sollen, ihnen ihre Vohne aufzubessern, er hielten jedoch einen ablehnenden Bescheid. Warum wollen auch die Arbeiter höhere Vohne verlangen, wer nicht will, kann ja gehen, und damit basta. Es ist genug Erfolg für sie vorhanden und da haben die liebe vollen und arbeitsfreundlichen Stadtväter doch nicht nötig auf die elende Lebenslage ihrer Arbeiter Rück sicht zu nehmen. Die Arbeiter und da hiermit zufriedene, sie tragen durch ihre Jersährtheit selbst Schuld an diesen Zuständen. Sie sollten sich zusammenschließen, sich organisieren, damit sie durch den Druck der Organisation erlangen können, was der Stadtmagistrat ihnen freiwillig zu geben verweigert.

## Rundschau.

**Einem neuen Vorschlag zur Bekämpfung der Tuberkulose** macht nach der „Sozialen Praxis“ Dr. Hans Raumann, Vabarzt in Kemerz, in der „Krankenpflege“. Trotz der großen Zahl der in neuerer Zeit geschaffenen Stätten zur Aufnahme von tuberkulösen Patienten kommen viele derartig Erkrankte nicht in die geeignete Behandlung, da kein Zustand ein zu weit fortgeschrittenes Krankheitsbild gewährt. Dabei empfiehlt Raumann, daß die Versicherungsanstalten die Mittel gewähren möchten, um die Kranken, die aus irgend einem Grunde nicht zur Aufnahme in die dort amtsial gelangen können, in einen besseren Ernährungszustand zu bringen. Das wäre ein Ziel, das nicht nur leicht, sondern auch durch Mittel leicht erreichbar wäre, welche im Verhältnis zu den Kosten eines Heilanstalts betriebes sehr gering angesetzt werden können. Da das disponierende Moment für die Entwicklung der Krankheit bei einem recht großen Teil der Betroffenen in einem Unterernährungszustand zu finden ist, so dürfte die Ernährungstherapie gerade bei diesen Patienten ihre schönsten Triumphe feiern. Nicht doch eine Anzahl von Ärzten auch der Heilwerth der Amtsialbehandlung lediglich in der Fütterung der Kranken. Wenn die Versicherungsanstalten einen Versuch in dieser Richtung machen wollten, so könnte er in der Weise unternommen werden, daß noch unversicherte Patienten für eine bestimmte Zeitperiode (etwa drei Wochen) täglich zwei gute und reichliche Mahlzeiten (Mittag und Abendbrot) erhalten. Die ganze Ernährung konnte in mancher Beziehung der Volksküche ähnlich sein, nur vertriebt es sich von selbst, daß Saucen und Salzfett der Mahrung weit über dem Niveau der Massenernährung stehen muß. Daß sich für die Ehrenämter, die Leitung der Küchen, die Ausgabe der Speisen, eine genügende Anzahl Tamen bereit finden werden, ist bei dem Interesse, das heute alle Kreise an einer wirksamen vlassensellen Tuberkulose Bekämpfung nehmen, als selbstverständlich zu erwarten. Wenn sich die Versicherungsanstalten entschließen, diesen oder einen ähnlichen Vorschlag in die Tat umzusetzen, so wäre damit wieder nach der Ansicht des Verfassers dieses Aufsatzes ein Schritt vorwärts gethan im Kampfe gegen die Tuberkulose.

Das **Zentral-Arbeitersekretariat**, dessen Errichtung der vorjährige Gewerkschaftstagen beschlossen hat, ist, wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften bekannt gibt, am 1. April in vollem Umfange in Tätigkeit getreten. Das Sekretariat hat nach dem Willen des Gewerkschaftsverbandes die Kerküre, die von Mittelbergn der Gewerkschaften beim Reichs-Versicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und in der Verhandlung mündlich zu vertreten, außerdem bei den Wahlen zu den Arbeitervertretungen mitzuwirken.

Die **Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angehörten** hat die Konfirmierung des Vorstandes nach den neuen Bestimmungen des Statuts vollzogen; die Zusammenkunft gestaltete sich wie folgt: 1810 etc. Vorsitzender: Umbreit, Schriftföhner: Schmidt, Kassierer: Giffert und Kautsk, Revisor: Die Mitgliederzahl der Vereinigung ist im vergangenen Quartal auf 513 gestiegen, d. h. ein Mehr von 80 gegen das vorige Quartal. Die Karte verläßt über einen Bestand von 16000 Mk. Alle Zuschriften und Geldentungen, auch für den Berem Arbeiterpreise, sind an Robert Schmidt, Berlin 80, Nummer 40, zu richten.

## Vitterarisches.

**Goldstein, das Reichstagswahlrecht und seine Gegner.** Unter dem Gesichtspunkte der augenblicklichen Situation im Reiche und der nächsten Reichstagswahlen. Verlag von Rich. Vmski, Leipzig, Langestraße 27. 32 Seiten. Preis 15 Pf. Porto 5 Pf.

Die Konservativen und die anderen rechtsstehenden Parteien stürmen gegen das Reichstagswahlrecht an, vernommen aber, wenn die Reichstagswahl bevorsteht, auch in diesem Wahlkampfe treibt die Kräfte der Forderung des Wahlrechts eine hervorragende Rolle. Deshalb ist es zu erwarten, daß es Goldstein unternehmen hat, die Angriffe der Gegner zurückzuweisen die Stellung der Parteien zum Wahlrecht zu kennzeichnen und die Wege zur Verbesserung des Wahlrechts zu zeigen. Klart und leichtverständlich geschrieben, wird die Zehritt ein guter Helfer im bevorstehenden Wahlkampfe sein, zumal der Verlag auch eine besondere

Agitationsausgabe herausgibt, die die Massenverbreitung ungemein erleichtert.

Der reiche Inhalt ist in folgenden Abschnitten gegliedert: Die Situation; Das demokratische Reichstagswahlrecht; Bismarck und das allgemeine Wahlrecht; Autorität, nicht Majorität; Weitere Angriffe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht; Beschaffenheit des Reichstagswahlrechts; Mängel des Reichstagswahlrechts; Die Fädenfrage; Das Wahlrecht und die Parteien; Die Sozialdemokratie und das Wahlrecht; Die Sozialdemokratie in den Kommunen; Was kommt? Der Preis der Agitationsausgabe pro Exemplar stellt sich bei 50 Exemplaren auf 10 Pf., 100 Exemplaren auf 9 Pf., 500 Exemplaren auf 8 Pf., 1000 Exemplaren auf 7 Pf., und 2500 Exemplaren auf 6 Pf.

**Robert Zeidel, der Achtstundentag** vom Standpunkte der Sozialökonomie, der Hygiene, der Moral und der Demokratie. Preis 10 Pf. Porto 3 Pf. Verlag von Rich. Vmski, Leipzig, Langestraße 27.

Die vorerwähnte Agitationschrift liegt bereits in zweiter Auflage vor und dürfte noch weite Verbreitung finden.

Die **Nummer des „Wahren Jacob“** ist soeben erschienen. Dieselbe enthält eine doppelte Seitebergabe des Lesemaltes „Marfot“ von dem stam dinavischen Maler Graf Hennigsen. Das auf der großen Münchener Kunstausstellung im Glaspalast 1900 die Aufmerksamkeit aller Kunstfreunde erregte und dann von einem begüterten Partigenossen angekauft worden ist. Dem Marfot des Proletariats sind dann noch eine Reihe anderer Beiträge gewidmet, so die Gedichte „Lied der Schmiede“ von Heinrich Berg (mit dazugehörtiger Zeichnung), „Kofferfrühling“, „Der heilige Venz“ von Clara Müller, die Zeichnungen „Jum Zeit aus“ und „Die rote Kahne am ersten Mai“, sowie die Humoreske „Die Dynamitpatrone“. Aus dem Inhalt der Nummer heben wir außerdem die beiden farbigen Bilder „Mauerhülse“ und „Der Müllarbeiter“ hervor, von denen das erstere die Serie der Wählbilder fortsetzt. Ferner sind zu erwähnen die Zeichnungen „Am Himmel“, „Alle Reine“, „Der Sämann“, „Der Auszug zur Wählfrühling“, „Groß-Reinmachen in den französischen Schulen“, „Eine idyllische Gegend“, die Gedichte „Jum 16. Juni“, „Deutschlands Größen“, „Gründungs-Jubiläum“ von Erich Mühlham, „Sonnenaufgang“ von Heint. Kern, Köhler, „Kassenscherzen“, „Wegungung“, „Die Wurzeln am Rhein“, sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das Skizzenblatt „Vom sonnerwachen Zeigertag“. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Die **neue sozialdemokratische Wochenchrift** wird kurze Zeit nach den Reichstagswahlen in Berlin zu erscheinen beginnen. Eine Anzahl hervorragender schriftstellerisch tätiger Genossen hat bereits ihre Mitwirkung zugesagt; die Ghebeditionen liegt in den Händen des Genossen Dr. Heinrich Braun. Die Errichtung der Tagesfragen, die Behandlung der Probleme der praktischen Politik wird vorzugsweise das Arbeitsgebiet der Wochenchrift bilden, die damit den bestehenden Zeitschriften ergänzend zur Seite stehen soll. Insbesondere wird sie bemüht sein, dabei mitzumachen, daß in der Partei über die notwendigen theoretischen Auseinandersetzungen und der durch sie hervorgerufenen Polemik die in den entscheidenden Krisenlagen thätigst vorhandene Einheit nicht verloren geht, sondern in einer klaren, auf Erwitterung der Macht der Arbeiterklasse gerichteten Politik zum Ausdruck kommt. Das Programm der Wochenchrift, ihre Aufgaben und bezüglichen mehr wird ein bald erscheinender Prospekt mitteilen. Der Verlag der Wochenchrift wird einer aus Genossen bestehenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehören.

## Filialen Berlins und Umgegend.

**Dienstag, den 12. Mai, Abende 8 Uhr:**  
**Kombinierte Mitglieder-Versammlung**  
in Andreas Reichle, Andreasstr. 21.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Der Austritt der Filiale V und welche Schritte sollen dazu unter nommen werden? 4. Renwahl von 1 Revisorin zum Hauptvorstand, der Delegierten zur Gewerkschafts Kommission und eines Mitgliedes der Ortsverwaltung. Um zahlreiches Erscheinen erucht.  
**Die Ortsverwaltung Berlin.**

## Filiale Berlin I.

**K a d r u f!**  
Am 22. April d. J. verstarb nach kurzen krankheitsanfall vor Vorhänger  
**Adolf Guhn**  
im 51. Lebensjahre.  
Alle Kollegen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Ter Vorhand.**

Verantwortl. Redakteur: A. Mohs, Berlin, Wilmsstr. 21  
Eund: Maurer & Dimmich, Berlin, Coulisen-Ufer 11.